



Warum Thüringen es besser kann!

**Neuwahlen
JETZT!**

Mehr zu unserem konstruktiven Misstrauensvotum:

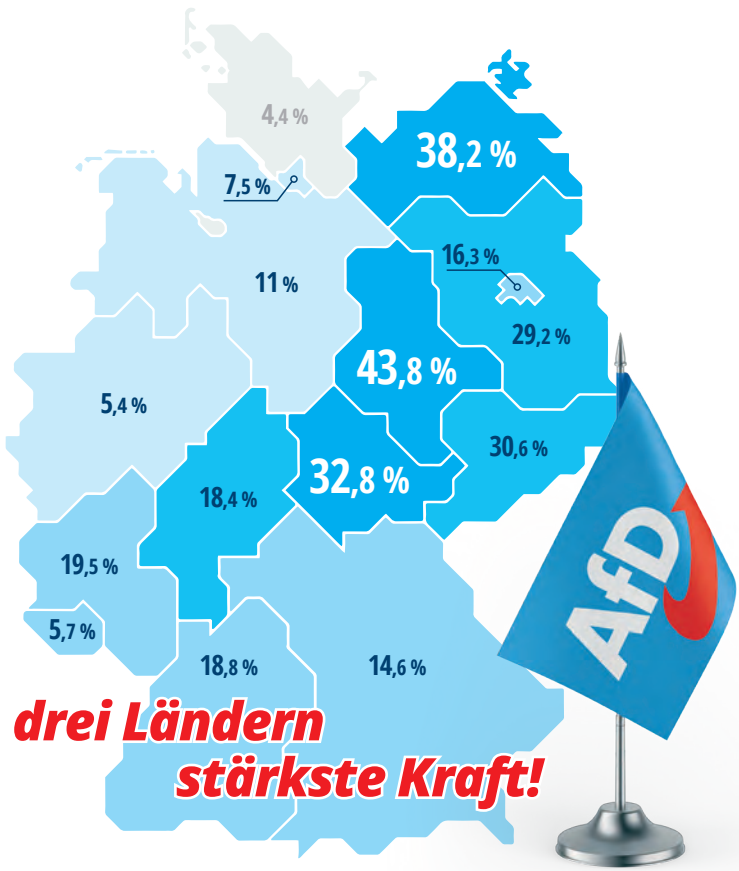


Es war ein politisches Erdbeben, das ganz Deutschland aufrüttelte – ein Volksaufstand an der Wahlurne: Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt erzielte die AfD das beste Ergebnis, welches je in diesem Bundesland eingefahren wurde: 43,8 Prozent der Wähler entschieden sich für die blaue Wende. In einem beispiellosen, hochmotivierten Wahlkampf gelang es, über 170.000 Nichtwähler zu aktivieren und eine Wahlbeteiligung von sagenhaften 77,8 Prozent zu erzielen. Der Journalist Gabor Steingart nannte es begeistert ein »Hochamt der Demokratie«. Es sind scheinbar nüchterne Zahlen mit einer hoffnungsvollen Botschaft: Die Bürger haben nicht resigniert. Wenn sie eine Chance zur Veränderung sehen, ergreifen sie die Gelegenheit. »Alles ist möglich!« – Ulrich Siegmund hat es bewiesen.

Einen kräftigen Denkmahl erhielt somit vor allem die CDU: Sie kollabierte von 37,1 auf 17,2 Prozent und verlor alle Direktmandate. Deutlicher geht es kaum. Sachsen-Anhalt setzte für eine immer größer werdende Zahl von Deutschen ein politisches Ausrufezeichen: »Wir haben die Nase voll!« Voll von der Selbstgerechtigkeit eines verpanzten politischen Establishments, von seinen Phrasen, von seinem Selbsthass. Damit verbindet sich eine deutliche Aussage: »Wir wollen endlich wieder ein normales Volk sein, wir wollen endlich wieder eine funktionierende Demokratie!« Hoffnung tut auch in Thüringen not: Wir erleben im Freistaat eine Regierungskrise in Permanenz. Zuvorderst erleben wir einen Ministerpräsidenten, dessen politisches Kerbholz überfüll ist. Hätte er einen Funken Anstand in den Knochen, wäre ihm ein

sofortiger Rücktritt eine Selbstverständlichkeit. Doch er mutet den Thüringern eine toxische Mischung aus Teflon-Mentalität und pattexähnlicher Hartnäckigkeit zu, während er durch sein Sündenregister aus dem Bruch zentraler Wahlkampfversprechen, Plagiats-, KI- und Rund-

funkratsaffären laviert. Mario Voigt zeigt sich offenkundig beherrscht von den Drogen Gier und Macht und zwingt ein ganzes Bundesland mit sich in den Ruin. Umfragen zeigen: Hinter ihm steht nur noch eine Minderheit der Thüringer Bürger.



In drei Ländern stärkste Kraft!

BSW: Als Tiger gesprungen, als Voigts Bettvorleger gelandet ...

Voigts Bündnispartner BSW implodierte im Machtkampf mit der eigenen Bundespartei, die den Pakt mit dem Plagiator nicht länger mittragen wollte. Doch die Beutegemeinschaft um Katja Wolf hält mit ihrer neuen Partei »Thüringen.(Selbst-)Gerecht« an Mandaten und Ministersesseln fest – obwohl diese Partei niemals vom Thüringer Wähler legitimiert wurde. Einst auf dem Sahra-Wagenknecht-Ticket ins Parlament gelangt, verbarrikadiert man sich nun mit Voigt in einer Minderheitsregierung vor dem Volk.

Wer regiert Thüringen also? Die zur »Linken« umbenannte SED wird zum Zünglein an der Waage, obwohl ihr 2024 der Regierungsauftrag entzogen wurde. Schon damals sicherte sie sich über das prälegislative Konsultationsverfahren Einfluss. Jetzt dürfte ihre Rolle noch größer werden. Die Thüringer haben Mitte-Rechts gewählt und bekommen linke Politik als Mogelpackung.

Für die AfD-Fraktion ist klar: Wer stabile Verhältnisse und staatspolitische Verantwortung will, muss Neuwahlen zu-

lassen. Was die CDU davon hält, zeigte ihr Fraktionsvorsitzender am 10. September: »Sie wollen den Willen des Wählers durch Neuwahlen brechen!« Genau deshalb wollen wir zudem ermöglichen, einen unehrenhaften Ministerpräsidenten künftig per Volksentscheid abzuwählen.

2024 wurde die AfD stärkste Kraft. Jetzt muss der Souverän entscheiden: Schluss mit der Beutekoalition!

Sehen Sie hierzu die Rede zum Auflösungsantrag



Das blaue Wunder

Wenn das nicht Mut macht: Das »blaue Wunder« ist geschehen – in Sachsen-Anhalt! Trotz anhaltender medialer Dauerbeschallung der Bürger mit Negativberichten über die AfD. Und trotz des steuergeldfinanzierten Dauereinsatzes zahlreicher NGOs, welche den Wählern penetrant Schreckensszenarien unter einer AfD-Landesregierung schilderten. Mut, liebe Leser, ist: nicht in dieser lautstarken, aber nur scheinbaren Mehrheit mitzuschwimmen. Sondern einen klaren Kopf zu bewahren und eine eigene Wahlentscheidung zu treffen. Dafür möchte ich Ihnen herzlich danken!

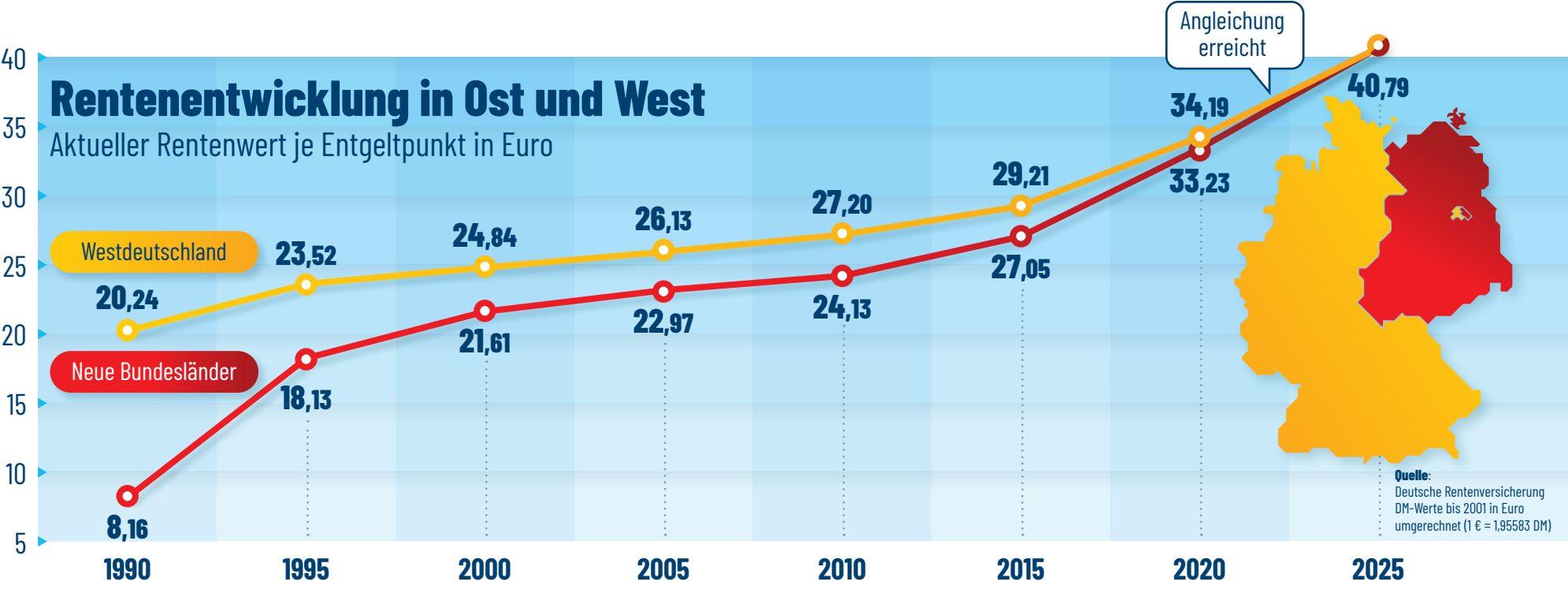
Auch die Thüringer Wähler haben Mut. Deshalb machen wir uns für ihr Recht stark, an der Urne frei entscheiden zu können, ob sie die derzeitige Thüringer Minderheits- und Chaosregierung noch länger über ihre Zukunft bestimmen lassen wollen. Unsere Fraktion fordert: Neuwahlen jetzt! Sie sind der Souverän! Damit auch Mario Voigt und seine Beutegemeinschaft bald ihr »blaues Wunder« erleben. Versprochen!



Kommentar von **Björn Höcke**

Renten-Raub

Betrogen um die Lebensleistung



Sie haben gearbeitet, Kinder großgezogen und jahrzehntelang Beiträge gezahlt. Trotzdem müssen viele Menschen im Alter jeden Euro zweimal umdrehen. Besonders im Osten wird der Rentenbescheid für viele zur bitteren Bilanz eines Lebens, in dem Pflichterfüllung selbstverständlich war und Anerkennung bis heute ausbleibt.

Wer heute in Thüringen in Rente geht, bringt oft vier Jahrzehnte Arbeit mit. Schichtdienst, Baustelle, Werkbank, Verkauf, Pflege oder Büro: Die Lebensläufe sind verschieden, das Gefühl ist dasselbe. Man hat getan, was verlangt wurde. Und am Ende reicht die Rente dennoch kaum für Miete, Energie, Lebensmittel und ein wenig Freiheit.

Das trifft Menschen, die nie gelernt haben, sich laut zu beklagen. Sie rechnen still: Was bleibt nach den festen Kosten? Ist eine

neue Waschmaschine noch drin? Kann man den Enkeln etwas zustecken? Altersarmut beginnt dort, wo der verdiente Ruhestand oft aus Verzicht besteht.

sen zählen. Wer freiwillig länger arbeitet, soll davon spürbar profitieren. Eine längere Lebensarbeitszeit per staatlichem Druck lehnt er ab.

schaftlicher Sicherheit scheitern. Familien brauchen bezahlbaren Wohnraum, verlässliche Betreuung und finanzielle Entlastung. Eine tragfähige Rente beginnt

der für immer neue Vorhaben Milliarden mobilisiert, kann jene nicht auf leere Kassen verweisen, die dieses Land über Jahrzehnte getragen haben. Die Sicherheit im Alter gehört an die Spitze der politischen Prioritäten.

Höckes Forderung ist deshalb grundsätzlich: Schluss mit dem Rentenflückwerk. Deutschland braucht ein System, das Arbeit, Kindererziehung und freiwillige Mehrleistung belohnt – und die Gewissheit gibt, dass sich ein langes Arbeitsleben auszahlt. Wer Jahrzehnte seinen Beitrag geleistet hat, darf im Alter nicht zum Bittsteller werden.

„Lebensleistung muss sich im Alter auszahlen

Seit Jahren reagiert die Politik mit immer neuen Einzelmaßnahmen. Mal ist von einem höheren Renteneintrittsalter die Rede, mal von steigenden Beiträgen, mal von privater Vorsorge. Doch das Grundproblem bleibt: Ein System verliert seine Glaubwürdigkeit, wenn jahrzehntelange Arbeit keinen verlässlichen Lebensabend mehr sichert. Björn Höcke fordert deshalb einen neuen Generationenvertrag. Wer 45 Jahre gearbeitet und Beiträge geleistet hat, soll abschlagsfrei in Rente gehen können. Zeiten der Kindererziehung müssen angemessen

»Ein gerechter Lebensabend ist kein Almosen. Er ist der erworbene Anspruch der Menschen, die Deutschland aufgebaut haben.«

Die gesetzliche Rente lebt davon, dass eine Generation für die andere einsteht. Dieses Versprechen funktioniert nur, wenn Familien Kinder bekommen können, ohne dauerhaft benachteiligt zu werden. Wer Kinder großzieht, erbringt eine Leistung für die Gesellschaft. Im Rentenrecht muss sich das deutlicher widerspiegeln.

Auch die Entscheidung für Kinder darf nicht an fehlender wirt-

lange vor dem ersten Rentenbescheid – bei einer Politik, die Familiengründung wieder möglich macht.

Die Regelaltersgrenze soll nach dem Konzept bei 67 Jahren bleiben. Entscheidend ist, dass Lebensleistung wieder zählt. Ein Dachdecker, eine Verkäuferin oder ein Pfleger kann nach 45 Beitragsjahren nicht so behandelt werden, als sei sein Arbeitsleben nur eine Rechengröße im Bundeshaushalt. Menschen sind keine Verschiebemaschine für Rentenmodelle.

Natürlich kostet eine verlässliche Rente Geld. Aber ein Staat,

„Ein gerechter Lebensabend ist kein Almosen

Der Osten hat doppelt gezahlt

Für viele Ostdeutsche hat die Rentendebatte eine besondere Schärfe. Sie haben zu DDR-Zeiten gearbeitet, Betriebe am Laufen gehalten, Familien versorgt und nach 1990 oft noch einmal ganz von vorn begonnen. Ganze Erwerbsbiographien wurden durch Betriebsschließungen, Arbeitslosigkeit, Umschulungen und deutlich niedrigere Löhne geprägt. Viele haben die deutsche Einheit persönlich mit einem hohen wirtschaftlichen Preis bezahlt.

Heute tauchen diese Brüche im Rentenbescheid wieder auf. Wer jahrelang weniger verdient hat, erhält im Alter weniger – selbst, wenn er genauso lange und genauso hart gearbeitet hat. So wird aus der Lohnlücke von gestern die Rentenlücke von heute. Für die Betroffenen fühlt sich das wie eine zweite Bestrafung an.

Björn Höcke verlangt deshalb einen eigenen Ausgleichsfonds für fortbestehende ostdeutsche Nachteile. Es geht um Anerkennung für jene, die zwei

Systeme erlebt, einen historischen Umbruch bewältigt und trotzdem weitergemacht haben. Ihre Lebensleistung darf nicht in Fußnoten verschwinden.

Eine gerechte Rente entscheidet sich am Ende an einer einfachen Frage: Kann ein Mensch nach einem langen Arbeitsleben würdig und selbstbestimmt leben? Wenn die Antwort für immer mehr Rentner nein lautet, braucht es mehr als die nächste Reparatur am alten System. Dann braucht es einen wirklichen Neubeginn.



Impressum

V.i.S.d.P.: Björn Höcke
Bürgerinformation der
AfD-Fraktion im
Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Auflage: 698.000 Stück

Transparenzhinweis:



► <https://httpw.afd-thl.de/k/MDNjkX>

Sämtliche Social-Media-Kanäle finden Sie unter:



► <https://afd-thl.de/social>



Mario Voigt

Seine Affären und die Regierungskrise



Die Krise der Thüringer Regierung begann nicht mit dem Zerfall des BSW. Sie begann viel früher – bei Mario Voigt selbst. Erst die Plagiatsaffäre, dann die Debatte über KI-gestützte Reden und Beiträge, dazu widersprüchliche Angaben im Landtag: Wer über Monate laufend neue Zweifel an der eigenen Glaubwürdigkeit produziert, darf sich nicht wundern, wenn irgendwann auch das politische Umfeld Schaden nimmt.

Am 28. Januar entzog die TU Chemnitz Voigt den Doktorgrad. Der erweiterte Fakultätsrat entschied einstimmig. Voigt reagierte mit Vernebelung und den typischen Floskeln eines »Ertappten«: Der »wissenschaftliche Kern« seiner Arbeit sei ja

gar nicht betroffen, und überhaupt habe die Uni einfach die Regeln geändert. Dann legte der bekannte »Plagiatsjäger« Stefan Weber ein Gutachten mit 265 beanstandeten Textfragmenten vor. Besonders heikel waren 42 Passagen, bei denen nach Webers Bewertung eigene Experteninterviews als Beleg dienten, obwohl nahezu gleiche Inhalte bereits in

Literaturquellen standen. Genau damit zeigte sich, dass die Verteidigung von Voigt eben nicht haltbar war, obwohl der Ministerpräsident genau diesen »wissenschaftlichen Kern« zuvor für unberührt erklärt hatte. Im Au-

gust dann die nächste Niederlage. Die TU wies Voigts Widerspruch zurück. Politisch war der Schaden längst angerichtet. Sahara Wagenknecht erklärte öffentlich, Voigt habe als Ministerpräsident das Vertrauen verloren und das BSW Thüringen müsse ihm die Unterstützung entziehen. Die Thüringer BSW-Spitze hielt trotzdem an der Regierung

Wie Voigts Affären die Koalition belasten

fest. Damit war der Konflikt zwischen Bundespartei und Landesverband offen ausgebrochen. Voigt hat diesen Konflikt verursacht, weil seine persönliche Affäre zum Belastungstest für den Koalitionspartner wurde.

Das BSW musste sich entscheiden: Hält es zu seiner Bundesvorsitzenden oder zu einem Ministerpräsidenten, der um seine Glaubwürdigkeit kämpft? Die Thüringer Funktionäre entschieden sich für Voigt. Wenige Wochen später war die Fraktion im Landtag zerbrochen. Auch die Rundfunksratsaffäre passt in dieses Bild. Voigt verwies im Landtag auf hybride Teilnahmeformen. Aus der Antwort der

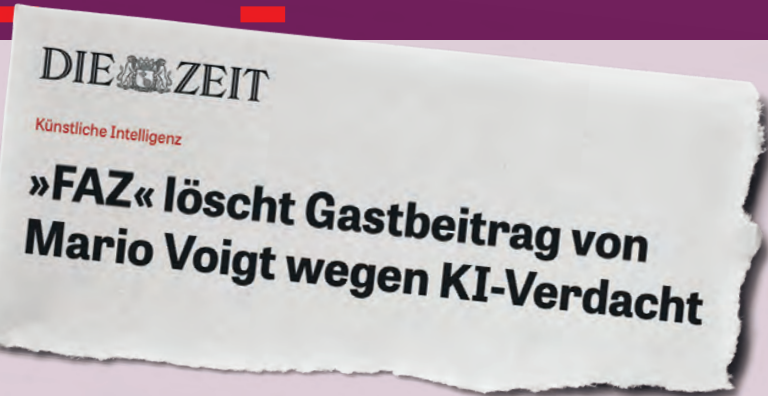
Staatskanzlei ergab sich später, dass es in dem fraglichen Zeitraum keine hybriden Sitzungen gegeben hatte. Das Problem war damit größer als eine versäumte Sitzung. Es ging wieder um Glaubwürdigkeit. Und genau hier liegt der Kern: Thüringen erlebt die politischen Folgekosten eines Ministerpräsidenten, dessen mangelnde Integrität längst zum Problem des Landes geworden ist. Das zog sich als roter Faden während der folgenden Monate hindurch.

MP: Ministerpräsidentschaft & Marios Peinlichkeiten

Man hätte erwarten können, dass Mario Voigt nach Monaten voller Affären irgendwann vorsichtiger wird. Dass er genauer formuliert, sauberer arbeitet und zumindest versucht, nicht ständig

neue Zweifel an seiner eigenen Glaubwürdigkeit zu produzieren. Das jüngste Interview mit der ZEIT vom 14. September 2026 zeigt: Davon ist wenig zu merken. Schon sprachlich wirkt das Gespräch stellenweise wie aus

der Retorte. Antithesen am Fließband. Sätze, die eher nach glattgezogener Schriftsprache klingen als nach einem politischen Gespräch. »Nicht die Beschreibung der Probleme, sondern die Kraft der Zuversicht.« »Keine Schwäche, sondern die Aufgabe.« »Nicht 2029, sondern jetzt.« Dazu Formeln wie »gesehen, gewürdigt und ernst genommen« oder »pragmatisch, unaufgeregt und erfolgreich«. Der Umgang mit KI hat Voigt bereits handfesten Ärger eingebracht. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung nahm einen Gastbeitrag Voigts nach der öffentlichen Debatte um dessen Entstehung von ihrer Internetseite. Die Zeitung erklärte, keine KI-generierten Originalbeiträge veröffentlichen zu wollen. Noch schwerer wiegt der Um-



gang mit politischen Reden. Recherchen von »FragDenStaat« wiesen bei zahlreichen Reden und Texten deutliche KI-Spuren nach – darunter auch beim Gedenken an die Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald. Selbst die ZEIT kommentierte den Vorgang mit der Überschrift: »Vor einer Rede in Buchenwald geht man in sich – und nicht ins Netz.« Damit geht es längst nicht mehr um die Verwendung technischer Hilfsmittel. Es geht um Voigts politische Authentizität. Eine Gedenkrede lebt vom persönlichen Wort. Ein Namensartikel lebt davon, dass der Name über dem Text

etwas bedeutet. Und ein Interview lebt davon, dass der Leser davon ausgeht, einen Politiker selbst sprechen zu hören. Das Erstaunliche ist deshalb das jüngste ZEIT-Interview selbst. Nach Dokortitel, KI-Debatte und gelöschten Gastbeiträgen müsste Voigt wissen, dass jedes künstlich wirkende Wort doppelt auffällt. Trotzdem liefert er wieder einen Text, bei dem genau diese Frage sofort im Raum steht. Je stärker Mario Voigt versucht, ein politisches Bild von sich zu produzieren, desto schwerer wird es, dahinter noch den Politiker selbst zu erkennen. Er ist mittlerweile zu einer Karikatur seiner selbst geworden.



Bürgergespräche



► **Wir kommen gerne!**
Wollen Sie mit unseren Abgeordneten vor Ort sprechen? Dann melden Sie sich bei unserem Orga-Team!

✉ orga@afd-thl.de



Gewinnen Sie einen Tankrabatt!



Der Tank ist leer und der Monat noch lang? Die AfD-Fraktion hilft Ihnen bei der Weiterfahrt. Wir verlosen **zehn Tankgutscheine im Wert von je 100 Euro** unter allen Teilnehmern mit der richtigen Lösung.

Senden Sie uns Ihre Lösung mit Ihrem Namen und Ihrer Adresse an:
gewinnspiel@afd-thl.de
oder auf dem Postweg an die
AfD-Fraktion im Thüringer Landtag,
Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

→ Einsendeschluss ist der 31. Dezember 2026

Wer verblieb als überführter Plagiator die längste Zeit im Amt?

A Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU)
B Annette Schavan (CDU)
C Mario Voigt (CDU)

Um an der Verlosung teilnehmen zu können, müssen Sie mindestens 16 Jahre alt sein und den Hauptwohnsitz in Thüringen haben. Die Preise werden direkt nach dem Einsendeschluss verlost und die Gewinner auf dem Postweg benachrichtigt. Eine Auszahlung des Gewinns ist nicht möglich, der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Bildungsmisere in Deutschland: »Sehr gut«, aber inkompetent?

Wussten Sie, dass ein Drittel der deutschen Neuntklässler nicht richtig rechnen kann? Falls nicht, liegt es immerhin nicht an Ihnen. Als dieser Fakt im Juni veröffentlicht wurde, hat man kaum darüber berichtet. Denn solche Hiobsbotschaften erscheinen mittlerweile so oft, dass sie kaum Aufsehen erregen. Seit 2022 ist bekannt, dass ein Viertel der Neuntklässler in Thüringen nicht richtig lesen und schreiben kann. So viel zu Mario Voigts »Lesen-Schreiben-Rechnen-Garantie«. Knapp zwölf Prozent unserer Schüler verlassen die Schule ohne Abschluss. Und selbst die, die es schaffen, haben keine sicheren Aussichten. Denn aufgrund der Noteninflation in unserem Land bedeutet ein »Sehr gut« im Zeugnis noch

lange nicht, dass der Schüler den Stoff auch sehr gut beherrscht. Hochschulen und Ausbildungsbetriebe warnen, dass die neuen Jahrgänge kaum studien- oder ausbildungsreif sind. Diese Bildungskatastrophe ist das Werk des Parteienkartells von CDU bis Linke. Das liegt zum einen an ihren finanziellen Prioritäten. Die Chaos-Koalition gibt Unsummen für Klimagedöns und die »bunte Zivilgesellschaft« aus, aber kratzt bei der Schulsanierung nicht mal am Lack: 38 Millionen pro Jahr gegen einen Sanierungsstau von 4,5 Milliarden. Nach Adam Riese sind das über 118 Jahre. Vielleicht hofft man in der Staatskanzlei, dass der Wähler das bald nicht mehr nachrechnen kann.

Zum anderen liegt es am Inhalt. Die etablierten Parteien sind

weltanschaulich bankrott. Sie haben die deutsche Bildungstradition, die unser Land stark gemacht hat, aufgegeben. An ihre Stelle treten weltfremde Dogmen und technokratische Vorgaben. Experimente wie das sogenannte »Schreiben nach Gehör« ersetzen bewährte Methoden. Eine absurde Bildungsbürokratie entmachtet die Lehrer, die keine Autorität mehr ausüben können. Schüler werden kaum noch unterrichtet, sondern zur »korrekten« Gesinnung erzogen – Frühsexualisierung inklusive. Die Gewalt auf den Schulhöfen eskaliert, vor allem auch migrationsbedingt.

Dieses Totalversagen lässt sich nicht mit ein paar Stellschrauben beheben. Es braucht ein grundsätzliches Umdenken hin zu einem Bildungsideal, das den Men-

schen in den Mittelpunkt stellt. Die AfD ist die einzige Kraft, die diese Kehrtwende vollziehen will. Als Vorbereitung darauf hat unsere Fraktion ein neues Positionspapier zur Bildungspolitik verfasst. Darin wird erläutert, was Bildung für uns bedeutet und wie wir unser Bildungssystem wieder vom Kopf auf die Füße stellen wollen. Lesen Sie es selbst! Der Tag, an dem die AfD in Thü-



ringen Regierungsverantwortung übernimmt, rückt immer näher. Wenn es so weit ist, wird die Bildung eines unserer zentralen Anliegen sein. Dort legen wir das Fundament für Deutschlands Wiederauferstehung. Damit unsere Kinder eine Zukunft haben.

Das Bildungskonzept der AfD-Fraktion

Ab **Ende November** auf www.afd-thl.de als PDF zum Herunterladen!

